

Einladung zur Vorbereitung einer bundesweiten Demonstration am 12.Juni in Berlin

Wir zahlen nicht für die Krise! Druck machen gegen die Pläne der Regierung – Für soziale und ökologische Antworten auf die Krisen!

Wann + Wo: am Dienstag, 9. März um 19 Uhr im Omayra (Engeldamm 68; U 8: Heinrich-Heine-Str.)

Die Krise ist nicht vorbei! Die Regierungen setzen bis auf kosmetische Korrekturen auf ein gefährliches ‚weiter so‘ – die Krisenursachen wirken weiter. Mit Hilfe der milliardenschweren Staatshilfen sprudeln auf den Finanzmärkten längst wieder die Profite als wäre nichts gewesen, die Banken profitieren sogar noch von der durch die Rettungspakete gestiegenen Staatsverschuldung.

Wer zahlt für die Krise? Die Kosten der Krise werden bisher denjenigen aufgebürdet, die sie nicht verursacht haben: Beschäftigte, Erwerbslose, Jugendliche und RentnerInnen zahlen durch Entlassungen, sinkende Einkommen und Einsparungen bei staatlichen Leistungen. Von den massiven Steuersenkungen profitieren Vermögende und Konzerne, während mit der geplanten Gesundheitsreform die Reste des Sozialstaates zerstört werden sollen. Die Finanzkrise der Kommunen führt in vielen Städten zu Kürzungen bei Sozialausgaben, Bildung und Kulturförderung, die öffentliche Infrastruktur wird zu Lasten der BürgerInnen weiter zerstört und privatisiert.

Die Regierungspolitik verschärft die Krisen! Schwarz-gelb führt die Politik der systematischen Umverteilung zu Gunsten der Vermögenden, Banken und Konzerne fort, die in diese tiefe Krise geführt hat. Die alltägliche Krise der (drohenden) Arbeitslosigkeit, Armut, Gängelung durch Hartz IV und Niedriglöhne wird durch die Regierungspolitik nicht gelöst, sondern verschärft! Auf die Krise des Bildungssystems, der Renten und der Gesundheitsversorgung wird mit einer Neuauflage des neoliberalen Credo, ‚der Markt soll es richten‘ reagiert. Die Klima- und Energiepolitik wird an Konzerninteressen ausgerichtet, der Krieg in Afghanistan fortgesetzt.

Die Regierung ist sich in vielen Punkten nicht einig. Zudem stehen wichtige Entscheidungen über Hartz IV, die Gesundheitsreform, die Rente mit 67, die Energie- und Atompolitik an. **Nutzen wir diese Auseinandersetzungen um als gesellschaftliche Opposition Druck zu machen - bevor die geplanten Grausamkeiten beschlossene Sache sind!**

Gemeinsam Druck machen:

- Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts: **Für eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze**, Abschaffung des erniedrigenden Sanktionssystems und einen gesetzlichen **Mindestlohn!**
- Für ein **solidarisches Gesundheitssystem** statt des geplanten weiteren Umbaus des Gesundheitssystems zum drei-Klassen-System u.a. durch die Kopfpauschale!
- Vor der Bundestagsentscheidung im Sommer: Für die **Rücknahme der Rente mit 67**, soziale und ökologische Antworten auf die Krise statt Massenarbeitslosigkeit, Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung!
- **Für kostenfreie, solidarische Bildung für alle** statt einer Ausrichtung des Bildungssystems an Unternehmensinteressen!

Die Kosten der Wirtschafts- und Finanzkrise müssen die Verursacher und Profiteure der Krise bezahlen! **Soziale und ökologische Antworten auf die Krisen und Alternativen zu**

einem sozial und ökologisch zerstörerischen Krisenkapitalismus können nur durch Druck von unten und einen gesellschaftlichen Aufbruch durchgesetzt werden!

Wir laden Alle ein sich daran zu beteiligen. Die sozialen Bewegungen brauchen gemeinsame Perspektiven gegen die unterschiedlichen Krisen, setzen wir ein gemeinsames Zeichen der gesellschaftlichen Opposition: Gewerkschaften, Erwerbslosengruppen, Bildungsproteste, Parteien, globalisierungskritische und antikapitalistische Initiativen, Anti-Atom- und Klimabewegung, Verbände und kirchliche Initiativen.

Am **20. März** findet eine erste, landesweite Demonstration in Essen statt. In weiteren Städten sind Kundgebungen, Aktionen und Veranstaltungen geplant. Wir wollen daran anknüpfen und für den **12. Juni** innerhalb eines bundesweiten Bündnis und Aufrufs eine **bundesweite Demonstration in Berlin** (oder ggf. eine von mehreren überregionalen Demonstrationen) organisieren! Am 9. Juni 2010 finden *bundesweit Bildungsproteste* statt, eine Mobilisierung zur Demonstration in Berlin ist angedacht. Ebenfalls im Juni findet die *Klimakonferenz in Bonn* statt: wir wollen diesen Anlass bei der Demonstration in Berlin aufgreifen, um für soziale und ökologische Krisenlösungen zu demonstrieren.

Für die Organisation einer solchen Demonstration wollen wir ein **breites Bündnis** aufbauen. Bei dem Treffen wollen wir gemeinsam diskutieren, wie eine solche Demonstration inhaltlich gestaltet und organisiert werden kann. Um Druck zu den unterschiedlichen Themen (z.B. Hartz IV; Gesundheitsreform; kommunale Krise; Klimakrise) zu entfalten und für die Demonstration zu mobilisieren, wollen wir einen *Aktionsfahrplan* entwickeln, der Veranstaltungen und Aktionen (z.B. im Rahmen des G-20-Finanzministertreffens in Berlin im Mai) umfassen kann.

Ein erster Vorschlag (!) für die Route ist: Start am Alexanderplatz – Torstr. – Friedrichstr. – Unter den Linden – Abschluss am Roten Rathaus (oder Gendarmenmarkt).

AG „Demo 12. Juni.2010“ im Berliner Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise!“

Kontakt: berlin-info@kapitalismuskrisen.org